

# Zurück in die Vergangenheit

## Die Wahlen in den USA, die US-Außenpolitik und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen

**Dr. David Sirakov**

Die USA haben gewählt. Donald J. Trump wird der 47. Präsident der Vereinigten Staaten und die Geschichte des Landes ab dem 20. Januar 2025 für vier Jahre bestimmen. Die Mehrheit der Amerikanerinnen und Amerikaner haben sich für ein Zurück zu America First und Make America Great Again entschieden. Bereits die erste Amtszeit Trumps zwischen 2017 und 2021 zeigte das disruptive Potenzial, doch dieses Mal wird die Administration besser vorbereitet sein – inhaltlich wie personell. Das hat fundamentale, jedoch kaum abzuschätzende Auswirkungen auf die US-Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. Doch eines ist gewiss: Die US-Außenpolitik verliert weiter an Verlässlichkeit und wird noch unberechenbarer.

Nach 2017 kehrt erneut ein realistisch verstandener Isolationismus in das Weiße Haus zurück. Die USA, so die Lesart, müssten sich auf sich selbst besinnen, die eigene Nation ins Zentrum stellen und sie mit harter Machtpolitik physisch wie ökonomisch schützen. Der Weg dorthin wird durch einen gegen Eliten gerichteten populistischen Nationalismus bereitet, der ein „Amerika den Amerikanern“ verspricht und internationale Verpflichtungen hintanstellt.

Doch welche Auswirkungen sind von Donald Trumps Wahlsieg zu erwarten? Welche Politikfelder werden insbesondere das transatlantische Verhältnis betreffen? Und welche Rolle kommt den Kongresswahlen zu?

Zwar stehen die Ergebnisse der Wahlen nicht fest, doch ist bereits klar, dass der 47. Präsident auf eine Mehrheit im für

die Außenpolitik wichtigen Senat bauen kann. Mindestens 52 Republikaner stehen ab Anfang Januar 2025 maximal 46 Demokraten sowie zwei Unabhängigen gegenüber. Der Vorsprung sollte damit ausreichen, die notwendige Zustimmung für das politische Führungspersonal im Zweifel mit prozeduralen Tricks (Recess Nominations) zu erhalten. Die Trump-Administration wird also deutlich schneller in die Umsetzung der eigenen Programmatik kommen können, als dies vor acht Jahren der Fall war. Damals hatte es Monate gedauert, bis allein das Kabinett berufen war – von der weiteren Bürokratie ganz zu schweigen. Neben der republikanischen Dominanz im Senat ist auch die professionellere inhaltliche wie personelle Vorbereitung der Trump-Kampagne ein wichtiger Faktor. Bereits vor Monaten wurde mit der Rekrutierung loyaler Kandidaten begonnen, die von Tag 1 der Administration die wichtigsten Positionen in der Regierung übernehmen sollen. Zudem ist der Austausch von Personen bis tief in die Bürokratie geplant – Trumps Versuch, sich des verhassten „Deep State“, also der bürokratischen Beharrungskräfte, die so manche Politikumsetzung in der ersten Amtszeit verzögerten oder ganz verhinderten, zu entledigen. Und auch ein Großteil der politischen Forderungen ist bekannt und ihre Umsetzung genau geplant. Zurück gehen diese auf ein Papier der rechtskonservativen Denkfabrik Heritage Foundation, in dem nichts weniger als der Umbau der US-Regierung und die effektive Implementierung zentraler konservativer Politikforderungen beschrieben wird. Zwar hat sich Trump vom sogenannten „Project 2025“ distanziert, die kurze Zeit nach der erfolgreichen Wahl macht allerdings offensichtlich, dass er diesem Plan in wichtigen Bereichen folgen wird.

Diese werden auch die US-Außenpolitik und mithin die transatlantischen Beziehungen betreffen. Dabei stehen insbe-

sondere drei Themenfelder im Vordergrund: der transatlantische Handel, die US-Militärpräsenz in Europa und insbesondere Deutschland sowie die Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Ukraine in ihrem Kampf gegen die Aggression Russlands.

In der Wirtschafts- und Handelspolitik ist Donald Trump unmissverständlich. Um die Reindustrialisierung und die Verminderung wirtschaftlicher Abhängigkeiten voranzutreiben, wird es unter ihm zur Abkehr vom bisher praktizierten Belohnungssystem kommen. Während Joe Biden in seinen Konjunkturpaketen wie u. a. der Inflation Reduction Act über eine Billion US-Dollar in die Hand nahm, um Anreize durch Förderungen zur Produktionsverlagerung in die USA zu schaffen, setzt Trump auf Bestrafung. Die Einführung eines Basiszolls von 10 bis 20 Prozent auf alle Einfuhren scheint dabei bereits ausgemachte Sache zu sein. Sie werden exportorientierte Länder wie Deutschland treffen und die entsprechenden Wirtschaftszweige enorm unter Druck setzen. Obendrein kommt eine mögliche Eskalationsspirale in Form von Vergeltungsmaßnahmen durch die EU. Ein Handelskrieg droht. Die möglichen Folgen für Deutschland beziffert das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln auf mindestens 120 Milliarden Euro Einbußen im Bruttoinlandsprodukt (BIP) über einen Zeitraum von vier Jahren. Das Kiel Institut für Weltwirtschaft bezeichnete den Wahlsieg Trumps dann auch als „ökonomisch schwierigste[n] Moment in der Geschichte der Bundesrepublik“. Die von Trump angekündigten zusätzlichen Zölle in Höhe von 60 Prozent auf chinesische Importe sowie die mögliche Reaktivierung von momentan ruhenden Stahl- und Aluminiumzöllen erhöhen das Konfliktpotenzial in der Weltwirtschaft noch zusätzlich. Die isolationistische Haltung Trumps bricht sich hier in einer protektionistischen Wirtschafts- und

### Autor

**Dr. David Sirakov** ist Direktor der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz e.V.

Handelspolitik Bahn, deren Entgegnung die EU und ihre Mitglieder auf geraume Zeit beschäftigen wird.

Die möglichen Zerwürfnisse im Welt-handel und deren Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung Deutschlands hätten auch außen- und sicherheitspolitische Konsequenzen. Ein Einbruch des BIP würde unweigerlich den Regelungsspielraum einer künftigen Bundesregierung beschneiden. Insbesondere in Zeiten eines russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der seit dessen Beginn im Februar 2022 bereitgestellten militärischen, finanziellen sowie humanitären Hilfen.

Und auch hier könnte Donald Trump nicht nur für Änderungen, sondern tiefe Zerwürfnisse und eine empfindliche Schwächung der Koalition sorgen. Im Wahlkampf zeigte er sich äußerst kritisch gegenüber den Unterstützungsleistungen für die Ukraine. Rückendeckung erhält er dabei vom mittlerweile dominanten rechten Flügel der Republikanischen Partei im Kongress. Dieser blockierte über Monate weitere Militärhilfen. Zwar wurde das Kommando zur Koordination der Waffenlieferungen und Ausbildungsaktivitäten in Anbetracht eines möglichen Sieges Trumps vom US-Militär in NATO-Struktu-

ren überführt, ein Wegfall der amerikanischen Leistungen für die Ukraine könnten in jedem Falle nicht vollständig von den europäischen Partnern ersetzt werden. Und auch die Ankündigung Trumps, er werde den Krieg binnen weniger Tage beenden, muss beunruhigen. Zu welchem Preis dies geschehen würde, sagte der künftige Präsident nämlich nicht. Im dann wohl besten Fall wäre ein Diktatfrieden zu Russlands Bedingungen wahrscheinlich. Die Lehre für Staaten wie Russland und China würde lauten: Imperiales und offensives Verhalten gegenüber souveränen Nachbarstaaten lohnt sich.

Für Europa folgt daraus mehr denn je die Notwendigkeit einer starken, handlungsfähigen NATO. Doch die Erfahrungen aus der ersten Trump-Administration zeigen, wie schnell das Verteidigungsbündnis infrage gestellt werden kann. Es ist in den kommenden Jahren wieder eine Diskussion über den Anteil der Verteidigungsausgaben in den Mitgliedstaaten zu erwarten. Bereits lange vor den Wahlen konnte man von US-Sicherheitspolitikern aus beiden Parteien hören, dass zwei Prozent des BIP nicht ausreichen. Vielmehr ist die Rede von drei bis 3,5 Prozent. Donald Trump wird diese Zahlen in der gewohnten Robustheit vertreten und sie ggf. mit

politikfeldübergreifenden Forderungen verknüpfen. So machte der künftige Vizepräsident JD Vance die Unterstützung für die NATO davon abhängig, dass Elon Musk keinerlei Einschränkungen oder gar Bestrafungen in der EU zu befürchten hat. Diese und weitere Hebel wie die Instrumentalisierung der US-Militärpräsenz in Deutschland sind in den kommenden Jahren zu erwarten und machen die Abhängigkeit europäischer und deutscher Sicherheit von den USA mehr als deutlich.

Die überdies offen zutage tretende außenpolitische Unberechenbarkeit, sei es der nun wieder bevorstehende Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen, das Ende des Iran-Deals 2018 oder auch das wahrscheinliche Auslaufen des letzten Waffenkontrollvertrags New START, macht die Notwendigkeit einer deutlich formulierten außen- und sicherheitspolitischen Prioritätensetzung und der Entwicklung entsprechender Strategien – auch und gerade unabhängiger von amerikanischer Politikformulierungen und Ressourcen – offensichtlich. Die kommenden vier Jahre werden erneut zum Lackmустest für die europäische und deutsche Sicherheitspolitik. Wir sollten hoffen, er fällt dieses Mal positiver aus. ■

**In eigener redaktioneller Verantwortung.**

## Die Gesellschaft im Netz: Blog, X, Instagram und Podcast

[mitsicherheit-kontrovers.de](https://mitsicherheit-kontrovers.de)



[X.com/  
GSPSipo](https://x.com/GSPSipo)



[https://open.spotify.com/  
show/3Z42mZ6qXNsy  
Eefj6GhvKZ](https://open.spotify.com/show/3Z42mZ6qXNsyEefj6GhvKZ)



[instagram.com/  
gsp\\_sipo](https://instagram.com/gsp_sipo)

